



Staatssekretariat für Migration
Stabsbereich Recht
Zhd. Bernhard Fürer / Carola Haller
Quellenweg 6
3003 Bern

Vernehmlassung zur Anpassung der Integrationsvorlage im AuG (nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative)

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Grundsätzliche Unterstützung der Vorlage

Die SP Schweiz begrüsst die Vorschläge des Bundesrates zur Anpassung der Integrationsbestimmungen im AuG zwecks Stärkung des inländischen Potentials an Arbeitskräften. Die Abschaffung der Sonderabgabe für vorläufig aufgenommene Personen und Asylsuchende und die Abschaffung der Bewilligungspflicht bei Anstellungen von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen beseitigt wesentliche Hindernisse für die Integration in den Arbeitsmarkt für die genannten Gruppen. Die Vorlage enthält konstruktive Vorschläge für ein Empowerment der Betroffenen – das ist beste Hilfe zur Selbsthilfe und Wahrnehmung der Selbstverantwortung. Die SP Schweiz erwartet deshalb von den bürgerlichen Parteien eine klare Unterstützung der Vorlage.

Ablehnung Integration kontraproduktiver parlamentarischer Initiativen in die Vorlage

Nicht unterstützt wird von der SP Schweiz die Integration der vier parlamentarischen Initiativen 08.428, 08.406, 08.450 und 10.485 in die Vorlage (zumindest soweit sie mit der ursprünglichen Integrationsvorlage nicht ohnehin schon erfüllt wurden). Während die pa.lv. 08.428 (Kein Familiennachzug beim Bezug von Ergänzungsleistungen) keinen grösseren Schaden anrichtet, weil in der Regel der Familiennachzug bereits erfolgt ist, bevor überhaupt ein Bezug von Ergänzungsleistungen möglich ist, widerspricht die pa.lv. 08.406 (Rückstufung eines niedergelassenen integrationsunwilligen Ausländers zum Jahresaufenthalter) der Stossrichtung der Vorlage für eine bessere Integration. Der Bundesrat lehnt richtigerweise die Initiative inhaltlich ab und hat sie nur contre coeur in die Vorlage aufgenommen. Er verweist auf die in der Integrationsvorlage vorgesehene Prüfung der Integrationskriterien bei Erteilung der Niederlassungsbewilligung und lehnt eine „Niederlassungsbewilligung auf Probe“ ab. Dieser Einschätzung des Bundesrates folgt auch die SP Schweiz. Sie lehnt auch die Aufnahme der anderen beiden Vorstösse des selben Initianten ab

(08.450 Mehr Handlungsspielraum für die Behörden/10.485 Vereinheitlichung beim Familiennachzug) und weist darauf hin, dass die Möglichkeit des Familiennachzugs eine stark integrationsfördernde Wirkung hat und deshalb alle Ansätze, diesen einzuschränken oder zu unterbinden, kontraproduktiv sind. Die SP Schweiz wehrt sich auch gegen eine Schwächung des Status der Niederlassungsbewilligung: wenn jemand mehr als 15 Jahre ununterbrochen in der Schweiz gelebt hat, soll ihm oder ihr nicht allein aufgrund von Sozialhilfeabhängigkeit die Niederlassungsbewilligung entzogen werden können.

Die pa.lv. 08.420 (Integration gesetzlich konkretisieren) wird von der SP Schweiz grundsätzlich unterstützt. Sie betrachtet sie als mit der Integrationsvorlage bereits genügend umgesetzt.

Forderung nach Wiederaufnahme des gesetzlichen Anspruchs auf C-Bewilligung

Nicht einverstanden ist die SP Schweiz auch mit dem Vorgehen des Bundesrates, den Status „nach Ständerat“ als Ausgangspunkt für die neue Vorlage zu nehmen. Dies gilt insbesondere für den ursprünglich vom Bundesrat vorgesehenen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung bei erfüllten Anspruchsvoraussetzungen. Dieser Anspruch wurde vom Ständerat gestrichen und die Erteilung oder Nichterteilung wie bis anhin den Kantonen überlassen (wobei in der Praxis gewaltige Unterschiede festgestellt werden können). In der Zwischenzeit wurde die Bürgerrechtsvorlage verabschiedet, womit die C-Bewilligung zur formellen Voraussetzung wird, um überhaupt ein Einbürgerungsgesuch stellen zu können. Die SP Schweiz steht in der Integrationspolitik klar hinter dem Ansatz des Förderns und Forderns, verlangt aber ebenso klar, dass dieser fair umgesetzt wird. Wenn jemand die gesetzlichen Voraussetzungen für eine C-Bewilligung erfüllt, soll er oder sie auch einen Anspruch darauf haben! Die SP Schweiz fordert deshalb den Bundesrat auf, den vom Ständerat gestrichenen Anspruch auf eine C-Bewilligung wieder in die Vorlage aufzunehmen.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat
Präsident



Carsten Schmidt
Politischer Fachsekretär